

Betreff:

Pakt für den Nachmittag (CDU)

Antragstext:

Zum Schuljahr 2017/18 wird in der Ludwig-Beck-Schule am Gräselberg das Projekt „Pakt für den Nachmittag“ installiert. Dies hat zur Folge, dass im Stadtteilzentrum Gräselberg kein kostenloses Betreuungskonzept mehr, welches 40 Jahre erfolgreich vorgehalten wurde, für die betroffenen Kinder angeboten wird.

Nach bisherigen Feststellungen nehmen nicht alle der betroffenen Kinder den Pakt für den Nachmittag in Anspruch, da sie

- nicht zum Kreis derer gehören, die über das Betreuungsprojekt abgedeckt werden
- die Eltern das Angebot aus persönlichen und/oder beruflichen Gründen nicht annehmen können oder wollen.

Diese Tatsache gab auch der ehemalige Leiter des Jugendamtes, Harald Völkel bei der 40-Jahr-Feier des KiJuz-Biebrich zu bedenken und plädierte dafür, eine dringend notwendige Übergangslösung für die Kinder zu schaffen, die ab Einführung des Paktes nicht nahtlos in die Nachmittagsbetreuung integriert sein werden.

Eine solche Übergangslösung kann darin bestehen, dass die betroffenen Stadtteil- und Jugendzentren auch weiterhin und parallel zum Pakt als Anlaufstelle für die betroffenen Kinder zur Verfügung stehen und somit langfristig ein Übergang aller in den Pakt für den Nachmittag gewährleistet werden könnte.

Hierbei ist besonders zu bedenken, dass ein umfangreiches Betreuungsangebot mit Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche für einen Ortsteil wie Gräselberg - schon allein aufgrund seiner allgemeinen Sozialstruktur und bekannter Brennpunkte - unverzichtbar ist. Das Stadtteilzentrum steht hier seit Jahren nicht nur als Betreuungs- und Freizeitinstitution zur Verfügung, vielmehr leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine großartige Sozialarbeit. Nicht selten ersetzen sie fehlende familiäre Zuwendung und ermöglichen auch benachteiligten Kindern die Erlangung einer gesellschaftsnotwendigen Sozialkompetenz.

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, ob die im Antragstext genannte Problematik bekannt ist. Der Ortsbeirat bittet den Magistrat eindringlich um Erarbeitung und Bereitstellung eines Übergangsangebotes für die betroffenen Kinder, die nicht am Pakt für den Nachmittag teilnehmen und somit keinerlei soziale und pädagogische Betreuung in Anspruch nehmen.

Wiesbaden, 30.10.2017

Wolfgang Gores
Fraktionssprecher